

Zeile

1 **Betr.:** Wir schaffen das moderne Deutschland

2

3

4 **Antragsteller:** Bundesvorstand

5

6

7 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

8

9

Wir schaffen das moderne Deutschland

10

11 Deutschland steht wirtschafts-, sozial- und finanzpolitisch vor einem
12 Scherbenhaufen: Die Zahl der Arbeitslosen und der Unternehmensinsolvenzen steigt
13 unaufhörlich. Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt. Steuern und Abgaben werden
14 laufend erhöht. Das Wachstum stagniert. Die öffentlichen Haushalte von Bund,
15 Ländern und Gemeinden sind überschuldet. Die Leistungsfähigkeit der sozialen
16 Sicherungssysteme ist gefährdet. Deutschland fällt im internationalen Wettbewerb
17 immer weiter zurück.

18

19 Die groß angekündigte Regierungserklärung des Bundeskanzlers hat die Hoffnungen
20 auf einen Kurswechsel bitter enttäuscht. Zudem werden selbst die kleinen Schritte in
21 die richtige Richtung von der eigenen Partei und von gewerkschaftstreuen Frakti-
22 onsmitgliedern heftig torpediert. Diese Regierung ist und bleibt mut- und perspektiv-
23 los.

24

25 Ohne wirklichen Veränderungswillen und ohne Visionen für mehr Wettbewerb und
26 mehr Marktwirtschaft drohen der deutschen Wirtschaft die Rezession und ein weite-
27 rer Anstieg der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig nehmen in der globalisierten Weltwirt-
28 schaft Anpassungsdruck und damit die Anpassungskosten mit jedem Tag zu.

29

30 Deutschland wird diesen Prozess globaler Veränderungen von der Industriegesell-
31 schaft zur Informationsgesellschaft nur bestehen können, wenn mit einem Gesamt-
32 konzept rasch gehandelt wird. Kapital, Arbeit, Information werden immer mobiler,
33 unsere Gesellschaft wird immer komplexer, der Staat verliert an Steuerungskompe-
34 tenz. Dies ist die Zeit der Idee der Freiheit. Dies ist die Zeit der Liberalen.

35

36

37

Taten jetzt

38

39 Die Politik in Deutschland wird entscheidend beeinflusst von Interessenvertretern,
40 Funktionären und Besitzstandswahrern. Dieses Kartell verhindert die strukturellen
41 Reformen, die notwendig sind, damit es wieder wirtschaftliche Dynamik in Deutsch-
42 land gibt und neue Arbeitsplätze entstehen können. Das Nachsehen haben alle die-
43 jenigen, die keine Lobby haben. Die Leidtragenden sind die fast 5 Mio. Arbeitslosen
44 in Deutschland. Denn diese Politik verbaut ihnen die Chance, wieder einen Arbeits-
45 platz zu finden.

Zeile

1
2 Mit Trippelschritten kommt Deutschland nicht aus der Krise. Aus den Konsensrunden
3 der Politik mit den Interessenverbänden und Gewerkschaften ist eine Konsensfalle
4 für unser Land geworden. Deutschland braucht einen Befreiungsschlag.

5
6 Die FDP ist bereit, als Scharnier der Vernunft einem umfassenden Reformprogramm
7 in Bundestag und Bundesrat zur Mehrheit zu verhelfen. Deutschland kann sich Untätigkeit
8 nicht länger leisten. Die Konsensgesellschaft wird zur Konkursgesellschaft,
9 wenn nicht gehandelt wird. Die Zeit der Reden ist vorbei. Die Menschen fordern Ta-
10 ten – jetzt!

11

12

13 **I. Sofortprogramm für Deutschland**

14

15 Deutschland befindet sich in einer Abwärtsspirale. Die Lage am Arbeitsmarkt hat
16 sich noch einmal dramatisch verschlechtert. Im Frühjahr war die Zahl der
17 Arbeitslosen so hoch wie seit fünf Jahren nicht mehr. Die Zahl der Erwerbstätigen
18 verringert sich immer schneller. Die Staatseinnahmen gehen zurück. Investoren und
19 Konsumenten sind verunsichert. Die Bundesregierung reagiert auf diese
20 Verunsicherung falsch. Statt ein Signal des Aufbruchs durch Deregulierung und
21 Steuersenkung zu setzen, erhöht sie Steuern und Abgaben und erlässt immer neue
22 Gesetze und Verordnungen. Steuererhöhungen sind Gift für die Konjunktur. Die
23 FDP lehnt sie grundsätzlich ab.

24

25 Genau der gegenteilige Weg ist richtig. Deutschland braucht ein Sofortprogramm für
26 weniger Steuern und Abgaben und ein klares Signal des Aufbruchs. Nur so schaffen
27 wir die Grundlage für Investitionen und Neueinstellungen. Nur so kann die negative
28 Grundstimmung bei Bürgern und Unternehmen umgekehrt werden.

29

30 **Sofortprogramm für weniger Steuern und Abgaben**

31

32 1. Steuersenkungen sind das beste Beschäftigungsprogramm. Die für das
33 Jahr 2005 bereits beschlossenen Steuerentlastungen müssen auf 2004
34 vorgezogen werden. Ziel der FDP bleibt ein Einkommensteuer-Stufentarif
35 mit 15%, 25% und 35%.

36

37 2. Um finanziellen Spielraum für Steuersenkungen zu erhalten, sind die Aus-
38 gaben des Staates zu senken. Der Subventionsbericht der Bundesregie-
39 rung weist Subventionen in Höhe von 55 Mrd. € auf. Nach anderen Defini-
40 tionen des Subventionsbegriffs belaufen sich diese staatlichen Zahlungen
41 auf rund 150 Mrd. €. Neben den Subventionen gibt es staatliche Zuwen-
42 dungen wie Zuschüsse, Darlehen oder Schuldendiensthilfen von mehr als
43 17 Mrd. € jährlich. Die Zahlen belegen, dass durch die lineare Kürzung der
44 Subventionen um 20 % die für unsere Wirtschaft dringend notwendigen
45 Steuersenkungen finanzierbar sind.

Zeile

- 1
2 3. Die FDP setzt sich außerdem dafür ein, Subventionen nur degressiv und
3 zeitlich auf fünf Jahre befristet zu gewähren. Eine Neuauflage kommt nur
4 nach erneuter Bestätigung im Parlament in Betracht.
5
6 4. Privatisierungen schaffen ebenfalls Freiraum für Steuersenkungen. Die öf-
7 fentliche Hand erfüllt in Deutschland zu viele Aufgaben. Der Staat ist an zu
8 vielen Unternehmen beteiligt. Für die FDP ist die Privatisierung wirtschaftli-
9 cher Betätigungen der öffentlichen Hand und die Veräußerung von Unter-
10 nehmensbeteiligungen ein Kernziel liberaler Politik. Deshalb wollen wir alle
11 Bundesbeteiligungen innerhalb von fünf Jahren veräußern. Liegenschaften
12 in öffentlichem Besitz sind ebenfalls zu reduzieren. Weniger Staatswirt-
13 schaft bedeutet weniger Parteibuchwirtschaft.
14
15 5. Die bisher nur ausgesetzte Vermögensteuer wird endgültig abgeschafft.
16 Unternehmen müssten sie aus der Substanz finanzieren, Bürger aus be-
17 reits versteuertem Einkommen. Die Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen
18 wird neu geregelt. Im Erbfall wird die Erbschaftssteuer festgesetzt und
19 dann auf 10 Jahre gestundet. Pro Jahr der Fortführung des Betriebes
20 durch die Erben wird ein Zehntel erlassen.
21
22 6. Die Umsätze der Schattenwirtschaft belaufen sich nach Schätzung von
23 Wissenschaftlern auf über 320 Mrd. € pro Jahr. Unternehmen und Privat-
24 personen haben im Ausland nach Auskunft der Bundesregierung Kapital in
25 Höhe von rd. 960 Mrd. € angelegt. Bei weitem nicht alle Erträge daraus
26 werden versteuert. Durch die Einführung einer unbürokratischen Zinsabgel-
27 tungsteuer in Höhe von 25% und das staatliche Angebot einer pauschalen
28 Nachversteuerung bisher nicht versteuerten Kapitals sollte es gelingen,
29 zumindest einen Teil dieser Summe zurück in den legalen Wirtschaftskreis-
30 lauf zu bringen. Damit steht mehr Kapital für Investitionen, zur Unterneh-
31 mensfinanzierung oder für Ausgaben der privaten Haushalte zur Verfü-
32 gung. Für Bezieher kleinerer Einkommen mit einem niedrigeren Steuersatz
33 hat die Zinsabgeltungssteuer weiterhin den Charakter einer Vorauszah-
34 lung.
35
36 7. Die zum 1. Januar in Kraft getretene letzte Stufe der sogenannten
37 ökologischen Steuerreform wird zurückgenommen. Langfristig ist die
38 vollständige Abschaffung der Ökosteuern unser Ziel. Die Erhöhung der
39 Gewerbesteuerumlage auf 30 Prozent wird zurückgenommen.
40
41 8. In der gesetzlichen Krankenversicherung wird es nur bei einem bewussten
42 und sparsamen Umgang mit den knappen Ressourcen gelingen, die an-
43 stehenden Herausforderungen zu bewältigen. Die Bürger müssen durch
44 Selbstbehalte und Selbstbeteiligungen ausreichende Möglichkeiten be-
45 kommen, ihren Versicherungsschutz nach eigenen Vorstellungen zu ges-

Zeile

1 talten. Ein Schutz der GKV ist nur für den Kernbereich der medizinisch un-
2 abdingbaren Leistungen notwendig. Der Arbeitgeberzuschuss ist auf ma-
3 ximal 6,5 Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens zu limi-
4 tieren und steuerneutral als Lohnbestandteil auszuführen. Das schafft
5 Druck, eine Beitragsmarge von maximal 13 Prozent nicht zu überschreiten.
6 Die Limitierung des Arbeitgeberzuschusses ist zugleich eine Begrenzung
7 der Lohnnebenkosten und schafft dadurch Arbeitsplätze.

8
9 Niedrigere Steuern und Abgaben sind die Grundvoraussetzung für mehr Wachstum
10 und mehr Arbeitsplätze. Derzeit wird in Deutschland aber erst ab einem Wirtschafts-
11 wachstum von über 2% mit Neueinstellungen reagiert. In anderen Ländern liegt die
12 für Neueinstellungen erforderliche Wachstumsrate unter 1%. Deshalb braucht
13 Deutschland auch ein Sofortprogramm für Neueinstellungen.

14
15 **Sofortprogramm für Neueinstellungen**

16
17 1. Die Leistungen bei Arbeitslosigkeit sind so auszurichten, dass deutlichere öko-
18 nomische Anreize für die Rückkehr in das Erwerbsleben und für die Eigenver-
19 antwortung gesetzt werden. Deshalb ist beim Arbeitslosengeld die Anspruchsdauer wieder auf 12 Monate zu begrenzen. Die Quartalsmeldepflicht muss wieder eingeführt werden, denn nur so wird eine intensive und effektive Vermittlung und Betreuung durch das Arbeitsamt gewährleistet und kann die Pflicht des Arbeitslosen nachgeprüft werden, sich nachweislich auch selbst um eine Arbeit zu bemühen.

20
21
22
23
24
25
26 2. Dem Lohnabstandsgebot muss wieder Geltung verschafft werden. Für viele ar-
27 beitsfähige Sozialhilfe-Empfänger lohnt es sich nicht, eine Arbeit aufzunehmen,
28 da gerade bei niedrigem Einkommen der Abstand zwischen Lohn und Sozialhilfe
29 zu gering ist und einem arbeitswilligen Sozialhilfeempfänger jeder Zuverdienst
30 über die Hälfte des Regelsatzes auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Um größere Anreize zu geben, Arbeit aufzunehmen und in das Erwerbsleben zurückzukehren, müssen die Freibeträge erhöht werden, die Anrechnungssätze langsamer ansteigen und muss der Eingangssteuersatz auf 15 Prozent gesenkt werden.

31
32
33
34
35 3. Deutschland benötigt ein zeitgemäßes, modernes Kündigungsrecht. Arbeitgeber
36 und Arbeitnehmer sollen die Möglichkeit erhalten zu wählen, welche Form des
37 Kündigungsschutzes sie wollen. Statt des gesetzlichen Kündigungsschutzes
38 sollen Abfindungszahlungen oder die Verpflichtung zur Finanzierung von
39 Weiterbildungsmaßnahmen vereinbart werden können. Die dadurch erreichte
40 Kalkulierbarkeit der Kosten wird sich positiv auf Neueinstellungen auswirken.

41
42 Das Kündigungsschutzgesetz soll erst nach zweijähriger Betriebszugehörigkeit
43 anwendbar sein. Dadurch wird eine flexible Gestaltung des Personalbedarfs
44 ermöglicht, die gerade mittelständische Unternehmen dazu veranlassen wird,

Zeile

1 Nachfragespitzen nicht mehr mittels Überstunden auszugleichen, sondern neue
2 Mitarbeiter einzustellen.

3
4 In kleineren und mittleren Betrieben besteht eine Hemmschwelle, den
5 Personalbestand über fünf Beschäftigte hinaus auszuweiten. Daher sollte das
6 Kündigungsschutzgesetz nur für Betriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern gelten.
7 Eine abschließende Festlegung der Sozialauswahl auf die drei Kriterien "Alter",
8 "Dauer der Betriebszugehörigkeit" und "Unterhaltsverpflichtungen des
9 Arbeitnehmers" ist notwendig, um Unternehmen und Gerichten eine
10 nachvollziehbare Beurteilungsgrundlage bei betriebsbedingter Kündigung zu
11 geben. Leistungsträger sind davon auszunehmen. Wer Leistungsträger ist,
12 bestimmt der Betrieb.

13
14 4. Existenzgründungen schaffen im Durchschnitt mehr als drei Arbeitsplätze. Des-
15 halb muss die Bereitschaft zur Selbstständigkeit in Deutschland weiter gefördert
16 werden. Die noch bestehenden Regelungen zur Bekämpfung der so genannten
17 Scheinselbstständigkeit sind deshalb umgehend und endgültig abzuschaffen.

18
19 5. Zum Einstieg am Arbeitsmarkt müssen die Mini-Jobs attraktiver werden. Das
20 jetzt gefundene Modell ist nur ein erster Schritt. Die FDP bleibt bei ihrer Forde-
21 rung nach Einführung von 630-Euro-Jobs, die pauschal besteuert und sozialver-
22 sicherungsfrei sind. Dadurch werden neue, reguläre Jobs geschaffen. Die Ar-
23 beitnehmer können netto mehr verdienen und die Arbeitgeber flexibel disponie-
24 ren.

25
26 **II. Modernisierungsprogramm für Deutschland**

27
28 Die notwendigen Sofortmaßnahmen sind nur ein erster Schritt, die Abwärtsspirale zu
29 stoppen und die notwendige Trendumkehr einzuleiten. Insbesondere am Arbeits-
30 markt und in den sozialen Sicherungssystemen braucht Deutschland darüber hinaus
31 ein Modernisierungsprogramm, das unser Land vom Tabellenende in Europa wieder
32 an die Spitze führt.

33
34 **Modernisierungsprogramm für mehr Beschäftigung**

35
36 Zur langfristigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit reicht das Sofortprogramm alleine
37 nicht aus. Die FDP will an den Ursachen ansetzen –an falschen Strukturen, Fehlän-
38 reizen, Verkrustungen und Regelungswut. Milliarden Euro werden jährlich für Arbeits-
39 losengeld, Arbeitslosenhilfe und arbeitsmarktpolitisch motivierte Frühverrentungen
40 aufgewandt, ohne dass dies zu einer Wende auf dem Arbeitsmarkt geführt hätte.
41 Diese hohen Ausgaben haben starke Steuer- und insbesondere Beitragsbelastungen
42 zur Folge, die ihrerseits die Beschäftigungsdynamik einschnüren. Dieser Teufelskreis
43 kann und muss durchbrochen werden.

44
45

Zeile

- 1 1. Zur Förderung einer verantwortungsbewussten Inanspruchnahme von Versi-
2 cherungsleistungen müssen in der Arbeitslosenversicherung Wahltarife ein-
3 geführt werden. Die so möglich gewordenen Einsparungen müssen in Form
4 von niedrigeren Beiträgen an die Versicherten weitergegeben werden, die
5 diese Option nutzen.
6
- 7 2. Die Arbeitslosenhilfe muss vollständig mit der Sozialhilfe zu einem System
8 mit einer Leistung, mit klaren Zuständigkeiten, eingleisigen Verfahren und
9 schlankerem Verwaltung zusammengefasst werden. Das Arbeitslosengeld II
10 darf die Höhe der bisherigen Sozialhilfe nicht übersteigen.
11
- 12 3. Das Gerechtigkeitsprinzip, wonach keine Leistung ohne grundsätzliche Be-
13 reitschaft zur Gegenleistung zu gewähren ist, muss deutlicher durchgesetzt
14 werden. Fehlende Eigenbemühungen des Arbeitslosen müssen klarer sankti-
15 oniert werden.
16
- 17 4. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind dringend auf Umfang, Wirksamkeit
18 und Effizienz zu überprüfen, denn Arbeitsmarktpolitik ist nur dann effektiv,
19 wenn es ihr gelingt, mit möglichst geringem Mitteleinsatz Arbeitslosigkeit zu
20 vermeiden oder möglichst rasch zu beenden. Die öffentlich subventionierte,
21 unfaire Konkurrenz für mittelständische Unternehmen und Existenzgründer
22 durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen
23 muss deutlich eingeschränkt werden. Zur Vermeidung von Drehtüreffekten
24 muss die Möglichkeit, durch die bloße Teilnahme an diesen Maßnahmen den
25 Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erneuern, abgeschafft werden. Die Höhe
26 der Bezahlung darf sich nicht mehr wie bisher üblich an den tariflichen Löh-
27 nen ausrichten. Die Teilnehmer müssen stärker in den Entscheidungsprozeß,
28 welche Qualifikation sinnvoll ist, einbezogen werden. Die Weiterbildungs-
29 maßnahmen müssen außerdem frühzeitiger mit Vermittlungsberatung und ak-
30 tiver Arbeitsplatzsuche verknüpft werden. Alle arbeitsmarktpolitischen Pro-
31 gramme müssen nach den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und Effizienz öf-
32 fentlich ausgeschrieben werden.
33
- 34 5. Ein Abbau der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen muss gerade in den neuen
35 Bundesländern mit einer neuen Initiative für den Aufbau Ost verbunden wer-
36 den. Die FDP setzt dabei auf Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt – durch
37 weitere Investitionen in die Infrastruktur und eine Stärkung der Ausgaben für
38 Forschung und Entwicklung.
39
- 40 6. Zeitarbeit in Deutschland ist ein wirkungsvolles und effizientes Instrument zur
41 Eingliederung arbeitsloser Menschen in den ersten Arbeitsmarkt. Der durch
42 die Hartz-Gesetze entstandene Tarifzwang in der Zeitarbeit legt insbesondere
43 mittelständischen Zeitarbeitsunternehmen neue Fesseln an. Deshalb ist das
44 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz von überflüssigen und bürokratischen Vor-
45 schriften zu befreien.

Zeile

- 1
2 7. Das Tarifrecht muss flexibilisiert werden. Das Günstigkeitsprinzip in § 4 Abs.
3 3 Tarifvertragsgesetz muss neu definiert werden: Künftig kann auch ein ge-
4 ringerer Lohn oder eine längere Arbeitszeit für den Erhalt oder Schaffung ei-
5 nes Arbeitsplatzes günstiger sein, wenn 75 Prozent der abstimmenden Mitar-
6 beiter des Unternehmens zugestimmt haben.
7
8 8. Eine Neugestaltung der betrieblichen Mitbestimmung, die der Entwicklung zu
9 mehr Individualisierung, Flexibilisierung, Entbürokratisierung und Betriebsau-
10 tonomie Rechnung trägt, ist erforderlich.
11
12 Das Betriebsverfassungsgesetz ist daher so zu ändern, dass ein Betriebsrat
13 erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten gebildet werden kann und ein
14 Wahlquorum von mehr als 50% der wahlberechtigten Arbeitnehmer erforder-
15 lich ist. Die Anzahl der Mitglieder im Betriebsrat ist zu reduzieren. Die Freistel-
16 lung von Betriebsratsmitgliedern beginnt erst in Unternehmen mit mehr als
17 500 Beschäftigten mit einem freigestellten Betriebsratsmitglied. In Betrieben
18 ab 1001 wird die Zahl der freigestellten Betriebsratsmitglieder um jeweils eine
19 Freistellung reduziert.
20
21 9. Die Sperrwirkung des § 77 Abs. 3 Betriebsverfassungsgesetz, der vom Tarif-
22 vertrag abweichende Betriebsvereinbarungen bislang untersagt, ist zu än-
23 dern: Eine Vereinbarung auf betrieblicher Ebene zwischen Unternehmen und
24 Belegschaftsvertretung, die freiwillig geschlossen wird und denen 75 Prozent
25 der abstimmenden Mitarbeiter zugestimmt haben, muss möglich werden.
26
27 10. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz ist grundlegend zu überarbeiten. Der ein-
28 seitige Rechtsanspruch auf Teilzeit ist zurückzunehmen, da er gerade Frauen
29 am Arbeitsmarkt benachteiligt. Die Förderung von Teilzeit auf freiwilliger Ba-
30 sis ist stärker zu fördern, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu er-
31 leichtern.
32
33 11. Den Unternehmen in Deutschland werden jährlich ungeheure Bürokratielas-
34 ten zugemutet. Die FDP will die Regelungsdichte abbauen und Genehmig-
35 ungsverfahren beschleunigen. Dazu gehört auch die Einführung eines „Bü-
36 rokratiekosten-TÜV“. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Gesetze stärker als
37 bisher mit Verfallsdaten versehen werden. Es ist außerdem erforderlich, ziel-
38 gerichtet den Mittelstand, insbesondere Klein- und Kleinstunternehmen, von
39 den Pflichtdiensten so weit wie möglich zu befreien. Wenn die Regierung da-
40 zu nicht in der Lage ist, muss sie den Unternehmen den dadurch entstehen-
41 den Aufwand erstatten.
42
43 12. Infrastruktur bildet den Nährboden für eine prosperierende Wirtschaft. Wirt-
44 schaftsförderung muss daher in erster Linie den Aufbau der wirtschaftsnahen
45 Infrastruktur vorantreiben, Investitionen anregen und Innovationspotenziale

Zeile

1 erschließen. Das gilt insbesondere auch für die ostdeutschen Bundesländer.
2 Die Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland ist immer noch ausbaubedürftig.
3 Das Niveau der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen muss insgesamt steigen,
4 um den hohen Bedarf zu decken. Wissenschaftliche Infrastruktur bildet die
5 Keimzelle für neue arbeitsplatzschaffende Wissensregionen. Im Osten
6 Deutschlands entfällt auf 1.000 Einwohner ein Wissenschaftler, im Westen
7 sind es vier. Diese strukturellen Unterschiede wirken sich benachteiligend aus
8 und verhindern einen selbsttragenden Aufschwung. Durch eine stärkere Ver-
9 netzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft können rund um die ostdeut-
10 schen Hochschulen und Forschungsinstitutionen wirtschaftliche "Innovations-
11 gürtel" entstehen. Keimzellen für neue Arbeitsplätze sind innovative Produkte
12 und Dienstleistungen. Sie sind vor allem das Ergebnis von Forschung und
13 Entwicklung (FuE). Die industrielle FuE ist daher einer der wichtigsten An-
14 satzpunkte für zukünftige Fördermaßnahmen in den neuen Bundesländern.
15 Wir wollen über eine steuerliche Forschungsförderung vorhandene Potentiale
16 stärken, Investitionen in FuE anregen und vor allem FuE-Kapazitäten auswär-
17 tiger Investoren in den neuen Bundesländern ansiedeln. Dazu gehört auch
18 eine Großforschungseinrichtung, wie z.B. die Neutronenspallationsquelle.

19

20

21

22 Modernisierungsprogramm für leistungsfähige soziale Sicherungssysteme

23

24 Die Lohnzusatzkosten haben mit über 42% eine Arbeitsplatz vernichtende Höhe er-
25 reicht. Die Sozialversicherungsbeiträge steigen weiter – und werden ohne entspre-
26 chende Reformen in diesem Jahr ein neues Rekordniveau erreichen. Sie sind Jobkil-
27 ler erster Ordnung, denn ein Prozentpunkt mehr Sozialversicherungsbeiträge kostet
28 im ersten Jahr rund 20.000 und im dritten Jahr schon rund 100.000 Arbeitsplätze.
29 Das belegt: Nur wenn die Lohnzusatzkosten der Unternehmen endlich deutlich ge-
30 drückt werden, werden vor allem im lohn- und beschäftigungsintensiven Mittelstand
31 wieder nachhaltig Arbeitsplätze entstehen.

32

33 Unser Ziel ist ein durchschnittlicher Beitragssatz von 35%. Dafür sind Reformen der
34 Sozialversicherung unerlässlich. Eine Verbreiterung der Einnahmehasis oder weitere
35 Steuer finanzierte Zuschüsse mindern nur den Reformdruck und sind abzulehnen.

36

37 Die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme muss sich an dem Grund-
38 satz orientieren: Versicherungspflicht statt Pflichtversicherung. Es soll der freien und
39 individuellen Entscheidung eines jeden Bürgers überlassen sein, wie und wo er der
40 Versicherungspflicht für die großen Risiken nachkommt. Die sozialen Sicherungssys-
41 teme sind schrittweise vom Beschäftigungsverhältnis zu lösen.

42

43 1. Die Lebensarbeitszeit in Deutschland muss besser ausgeschöpft werden. Das
44 reale Renteneintrittsalter in Deutschland liegt derzeit knapp unter 60 Jahren. Das
45 Durchschnittsalter der Hochschulabsolventen hat sich auf 29 Jahre erhöht. Die

Zeile

- 1 Folge: Das gesetzliche Renteneintrittsalter und das faktische Renteneintrittsalter
2 klaffen zu weit auseinander, und die jungen Menschen kommen zu spät auf den
3 Arbeitsmarkt. Deshalb will die FDP das Berufseintrittsalter senken: durch 12
4 Schuljahre bis zum Abitur, durch die Aussetzung der Wehrpflicht, durch flexiblere
5 Einschulung in den Grundschulen und durch Reformen an den Hochschulen. Um
6 das faktische Renteneintrittsalter an das gesetzliche Renteneintrittsalter anzunä-
7 hern, müssen die Anreize zur Frühverrentung überdacht werden: Die Rentenab-
8 schläge bei vorgezogenem Rentenbeginn von derzeit 3,6 Prozent sollten noch
9 stärker die angestiegene Lebenserwartung berücksichtigen.
10
- 11 2. Angesichts der weltweit höchsten Lohnzusatzkosten, angesichts steigender Bei-
12 träge für Kranken- und Pflegeversicherung, angesichts einer deutlich zu hohen
13 Gesamt-Abgabenbelastung des Durchschnittsverdieners in Deutschland muss die
14 Belastung der Arbeitnehmereinkommen durch die staatlich geförderte und ge-
15 setzlich geregelte Altersvorsorge dauerhaft unter 20 Prozent gehalten werden.
16 Die private Vorsorge soll nach einem schrittweisen Übergang die gesetzliche
17 Rentenversicherung so ergänzen, dass erstere zusammen mit der betrieblichen
18 Altersvorsorge etwa die Hälfte der Alterssicherung beträgt.
19
- 20 3. Die Kriterien zur Förderung der kapitalgedeckten Altersvorsorge müssen verein-
21 facht werden. Als wesentliches Kriterium für die geförderte private Vorsorge reicht
22 eine praktikable Zweckbestimmung für die Altersvorsorge aus. Es muss ein ech-
23 ter Wettbewerb aller Anbieter gewährleistet sein, als Option ein vererbbarer Kapi-
24 talstock gebildet werden können und die angebotenen privaten Altersvorsorge-
25 produkte bestimmten Mindeststandards genügen. Das Wohneigentum muss als
26 klassische Altersvorsorge in die Förderung einbezogen werden.
27
- 28 4. Alle Vorsorgebeiträge für jede Art der Altersvorsorge - auch die der gesetzlichen
29 Rentenversicherung und der Selbständigen – sind schrittweise von der Besteue-
30 rung zu befreien. In dem Maße, wie die Rente aus steuerfreien Beiträgen finan-
31 ziert wird, soll sie in Zukunft steuerpflichtig werden. Eine solche nachgelagerte
32 Besteuerung schafft für den Beitragszahler den notwendigen Anreiz für den Auf-
33 bau einer kapitalgedeckten Vorsorge.
34
- 35 5. Die eigenständigen Systeme der Altersvorsorge müssen beibehalten werden.
36 Eine Einbeziehung der Selbständigen und Beamten in die Gesetzliche Renten-
37 versicherung würde langfristig die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversiche-
38 rung eher verschärfen als erleichtern.
39
- 40 6. Der Wettbewerb innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung muss mobili-
41 siert werden. Da 97 Prozent aller Leistungen der GKV kasseneinheitlich standar-
42 disiert sind, findet ein Leistungswettbewerb nicht statt. Es ist erforderlich auch auf
43 der Leistungsseite Wettbewerb zuzulassen mit dem Ziel möglichst günstiger Bei-
44 tragssätze. Gesetzliche Krankenkassen sollen im Rahmen ihres gesetzlich vor-
45 gegebenen Leistungsspektrums die Höhe der Leistungen über Satzungsbestim-

Zeile

- 1 mungen aufstocken können z. B. bei Zahnersatz, Kuren, Hilfsmitteln, Arzneimitteln und häuslicher Krankenpflege. Darüber hinaus sollen Krankenkassen in bestimmten, vom Gesetzgeber grundsätzlich definierten Leistungsbereichen, Beitragssatz senkende Leistungskürzungen vornehmen können. Diese Leistungen können bzw. - wenn mit einer Pflicht zur Versicherung versehen - müssen, dann über private Versicherungen abgedeckt werden.
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8 7. Das Gesundheitssystem muss wesentlich transparenter werden. Dazu gehört neben umfassenden Informationsmöglichkeiten, dass die Kostenerstattung für alle Versicherten an die Stelle der bürokratischen Sachleistung tritt, um ein Bewusstsein für Kosten und Leistungen zu schaffen. Klare Regelungen für die Vergütungen in Form von festen Preisen in allen Leistungsbereichen anstelle der in die Rationierung führenden Budgets sind notwendig, damit auch für die Patienten Durchschaubarkeit gegeben ist.
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16 8. Langfristig wird aufgrund der demografischen Entwicklung der Kostendruck auf die Pflegeversicherung steigen. Dies darf jedoch nicht zu einer Erhöhung der Pflichtbeiträge führen. Aus Sicht der FDP müssen die Weichen für den Aufbau einer ergänzenden kapitalgedeckten Säule der privaten Eigenvorsorge für das Pflegerisiko gestellt werden.
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21